

**Öffentliche Niederschrift über die  
3. Sitzung des Kreistages (12. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg  
am 16.09.2024 in Saarburg.**

Beginn: 17:01 Uhr

Ende: 19:08 Uhr

**Anwesenheit**

Vorsitz

Herr Stefan Metzdorf

Mitglieder

Herr Gerd Benz Müller

Herr Christoph Biegel

Herr Reimund Boquoi

Herr Boris Bulitta

Herr Philipp Dewans

Herr Stefan Ding

Frau Dr. Christel Egner-Duppich

Frau Marie Ann Fleischmann

Herr Markus Franzen

Frau Stephanie Freytag

Herr Holger Härtel

Herr Bernhard Henter

Herr Michael Holstein

Herr Jonas Klar

Herr Christian Kruchten

Herr Markus Lehnen

Frau Dr. Kathrin Meß

Herr Gerhard Meyer

Herr Rainer Moßmann

Herr Rudolf Müller

Herr Dr. Detlef Müller-Greis

Herr Marcel Philipps

Herr Claus Piedmont

Herr Bruno Porten

Herr Kaspar Portz

Herr Lars Rieger

Herr Lothar Rommelfanger

Frau Kerstin Schikora

Frau Martina Schleier

Herr Achim Schmitt

Herr Andreas Steier

Frau Simone Thiel

Herr Joachim Weber

Frau Lena Weber  
Frau Lisa Winkel  
Frau Elke Winnikes  
Herr Alfred Wirtz  
Herr Christian Zöpfchen

mit beratender Stimme

Herr Erster Kreisbeigeordneter Martin  
Alten  
Frau Kreisbeigeordnete Iris Molter-Abel  
Frau Kreisbeigeordnete Kathrin Schlöder

Verwaltung

Herr Jörg Braun	Leiter der Abteilung 1 - Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt
Herr Joachim Christmann	Leiter des Geschäftsbereichs II
Herr Christoph Fuchs	Leiter des Geschäftsbereichs V
Herr Johannes Gräber	Leiter der Abteilung 6- Finanzen und Be- teiligungen
Herr Eric Jakobs	Leiter der Abteilung 15 - Brand-, Kata- strophenschutz und Rettungsdienst
Herr Johannes Kohl	Abteilung 15 - Brand-, Katastrophen- schutz und Rettungsdienst
Herr Thomas Müller	Leiter Büro des Landrates
Herr Rolf Rauland	Leiter des Geschäftsbereichs IV
Frau Helena Schares	Büro des Landrates - Pressestelle
Herr Stephan Schmitz-Wenzel	Leiter des Geschäftsbereichs III
Herr Alois Zehren	Abteilung 6 - Finanzen und Beteiligungen

Gäste

Herr Michael Gansemer  
Frau Iris Hess  
Herr Dieter Klever  
Herr Reinhard Lichtenthal  
Frau Nadine Maus  
Frau Stephanie Nickels  
Herr Helmut Reis  
Herr Uwe Roßmann  
Frau Marianne Rummel  
Frau Edith van Eijck  
Frau Martina Wehrheim

**nicht anwesend:**

Mitglieder

Herr Dirk Bootz	entschuldigt
Herr Jürgen Dixius	entschuldigt
Herr Christoph König	entschuldigt
Frau Alexandra Lehnen	entschuldigt
Herr Otto Minn	entschuldigt
Herr Simon Polotzek	entschuldigt
Herr Alfons Rodens	entschuldigt

Frau Ingeborg Sahler-Fesel  
Frau Jennifer Schlag  
Frau Manuela Täumer  
Herr Markus Thul

entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt

### **Zur Geschäftsordnung**

Der **Landrat** eröffnet die heutige Sitzung des Kreistages und begrüßt herzlich dazu die Mitglieder, die Verwaltung und die Gäste.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Der **Landrat** schlägt vor, die heutige Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „Grundsatzstatements der Fraktionen“ im öffentlichen Teil zu erweitern:

Der **Kreistag** stellt die Dringlichkeit fest und beschließt gemäß § 3 Abs. 4 GeschO i. V. m. § 27 Abs. 7 Nr. 1 LKO einstimmig die Erweiterung der heutigen Tagesordnung.

Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend der Erweiterung.

Es bestehen keine weiteren Änderungsvorschläge, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

2. Ehrungen von Kreistagsmitgliedern; Verabschiedung ehemaliger Kreistagsmitglieder
3. Einwohnerfragestunde
4. Grundsatzstatements der Fraktionen zur neuen Wahlperiode
5. Kreisstraßenangelegenheiten
  - 5.1. Abstufung der L 135 zwischen der B 419/Nittel und der L 137 bei Mannebach zu einer Kreisstraße; Vorlage: 0184/2024/5
  - 5.2. K 127 - Abstufung einer Kreisstraße zu einer Gemeindestraße  
Vorlage: 0287/2024/1
6. Jahresabschluss 2018;
  - a) Feststellung des Jahresergebnisses
  - b) Entlastung des Kreisvorstandes; Vorlage: 0271/2024
7. Verschiedene Wahlen
  - 7.1. Wahl der Mitglieder des Seniorenbeirates
  - 7.2. Wahl der/des ehrenamtlichen Patientenfürsprecherin/Patientenfürsprechers des Kreiskrankenhauses St. Franziskus Saarburg GmbH; Vorlage: 0292/2024
8. Abschluss einer Zweckvereinbarung zur erstmaligen Errichtung und Inbetriebsetzung des Neubaus der Integrierten Leitstelle Trier  
Vorlage: 0265/2024/1
9. Annahme einer ähnlichen Zuwendung gem. § 58 Abs. 3 LKO  
Vorlage: 0270/2024
10. Informationen
  - 10.1. Information über Eilentscheidungen - SAZ Schweich  
Vorlage: 0294/2024
  - 10.2. Information über eine Eilentscheidung - Schulzentrum Konz  
Vorlage: 0297/2024
  - 10.3. Weitere Informationen

## Öffentlicher Teil

### 2. Ehrungen von Kreistagsmitgliedern; Verabschiedung ehemaliger Kreistagsmitglieder

#### Protokoll:

In seiner Laudatio dankt Landrat **Metzdorf** den ehemaligen Kreistagsmitgliedern für ihr ehrenamtliches Engagement. Sie haben die politische Arbeit in unzähligen Sitzungen in den vergangenen Jahren mitgestaltet. Dabei habe stets das Wohl der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Trier-Saarburg im Mittelpunkt gestanden. Aus seiner Sicht sei dieser Arbeitsaufwand keine Selbstverständlichkeit. Es handle sich bei der ehrenamtlichen Gremienarbeit um eine Leidenschaft für die Demokratie. Es gebühre ihnen im Namen des Kreistages und aller Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Trier-Saarburg Dank und Anerkennung.

Anschließend überreicht der Landrat folgenden ehemaligen Kreistagsmitgliedern die Dankurkunde des Landkreises Trier-Saarburg (Dauer der Mitgliedschaft im Kreistag in Klammern):

- Frau Nadine Maus (1 Jahr)
- Herr Ulf Rosche (1 Jahr)
- Frau Martina Wehrheim (5 Jahre)
- Herr Dieter Klever (10 Jahre)
- Herr Uwe Roßmann (10 Jahre)
- Herr Helmut Reis (25 Jahre)

Eine Urkunde mit Verleihung der Silbernen Ehrennadel für mindestens 15 Jahre Mitgliedschaft im Kreistag wird an folgende ehemaligen Mitglieder verliehen:

- Frau Stephanie Nickels (17 Jahre)
- Frau Marianne Rummel (15 Jahre)
- Frau Iris Hess (20 Jahre)
- Frau Edith van Eijck (25 Jahre)

Geehrt werden ebenfalls langjährige Mitglieder durch den Landkreistag. Landrat Metzendorf überreicht folgenden ehemaligen Mitgliedern Dankurkunden:

- Frau Edith van Eijck (25 Jahre)
- Herr Claus Piedmont (25 Jahre)
- Herr Helmut Reis (25 Jahre)
- Herr Bernhard Henter (35 Jahre)

### 3. Einwohnerfragestunde

#### Protokoll:

Der **Landrat** informiert, dass von Herrn Gansemer eine Anregung im Rahmen der Einwohnerfragestunde bei der Verwaltung eingegangen sei. Dabei gehe es um die geschlechterneutrale Sprache in der Geschäftsordnung des Kreistages. Er bekomme aufgrund seiner heutigen Abwesenheit eine schriftliche

Benachrichtigung zugesendet.

Ferner meldet sich Herr **Lichtenthal** zu Wort und bittet um die Beantwortung seiner Fragen zum Hochwasserkonzept.

Landrat **Metzdorf** sagt zu, ihm seine Fragen im Nachgang zur heutigen Sitzung schriftlich zu beantworten.

Der **Kreistag** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

#### **4. Grundsatzstatements der Fraktionen zur neuen Wahlperiode**

##### **Protokoll:**

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) geht am Anfang seines Statements auf die Schwerpunkte der CDU-Kreistagsfraktion in dieser Wahlperiode ein. Ein solcher Schwerpunkt liege auf der soliden Haushaltsführung. Die Kreisumlage solle so niedrig wie möglich gehalten werden, um den Gemeinden im Landkreis Gestaltungsspielraum zu lassen.

Die Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger sei ein weiterer Schwerpunkt. An erster Stelle sei das Kreiskrankenhaus in Saarburg zu nennen, dass für die medizinische Versorgung notwendig sei. Enttäuschend sei, dass das Land in dieser Hinsicht bei den Schlüsselzuweisungen keine Zugeständnisse mache. Die Umorganisation des Krankenhauses in Hermeskeil stoße auf Ablehnung bei der CDU-Kreistagsfraktion. Bund und Länder seien in der Pflicht, kommunale Krankenhäuser erhalten zu können. Beim laufenden Interessenbekundungsverfahren müssen nun die nächsten Schritte folgen. Auch die Versorgung durch niedergelassene Ärzte im ländlichen Raum sei verbesserungswürdig. Hierüber könne in einer der nächsten Kreis Ausschusssitzungen beraten werden. Gegebenenfalls müssen neue Ideen gedacht werden.

Das Thema Migration und Asyl werde die Politik weiterhin verfolgen. Seitens des Deutschen Landkreistages gebe es berechtigte Forderungen an die Bundespolitik. Für den Landkreis Trier-Saarburg stellen sich die Fragen nach Unterkünften, nach schnelleren und einfacheren Abschiebungen und der Einführung der Bezahlkarte für Flüchtlinge.

Ein weiterer Schwerpunkt der CDU-Kreistagsfraktion werde der öffentliche Personennahverkehr sein. Die eingeführten Linienbündel laufen weitestgehend erfolgreich.

Bei der Erschließung von neuen Gewerbegebiet werde die CDU-Kreistagsfraktion die Ortsgemeinden unterstützen.

Bei der Zusammenführung des Abfallzweckverbandes im Jahr 2026 sehe er Diskussionen auf die Kreispolitik zukommen. In aller Deutlichkeit weise er auf die Beibehaltung der kostenlosen Abholung des Grünschnittgutes und die Pflanzung der 150.000 Bäume hin.

Die SPD-Kreistagsfraktion setze sich für eine gerechte, solidarische und nachhaltige Kreispolitik einsetzen, so Kreistagsmitglied **Rommelfanger** (SPD). Priorität habe die Stärkung des ländlichen Raums durch die medizinische Versorgung, Infrastruktur und Mobilität. Zu einer langen Liste an Heraus-

forderungen gehören neben der Stärkung des Krankenhausstandortes in Saarburg unter anderem die Schulsozialarbeit, der soziale Wohnungsbau, die Umsetzung von Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen, die Ausstattung der Schulen sowie der Katastrophenschutz.

Der Erhalt des Saarburger Krankenhauses sei notwendig. In den kommenden Jahren werden nicht unerhebliche Investitionssummen auf den Landkreis zukommen, die die SPD-Kreistagsfraktion mittragen wolle, um die Gesundheitsversorgung und die Arbeitsplätze vor Ort zu erhalten.

Ferner wolle sich die SPD-Kreistagsfraktion im Sinne des Solidaritätsgrundsatzes für Sozialleistungen für Bedürftige einsetzen. Ein herzlichen Dank richte er an alle Wohlfahrtsverbände, sozialen Einrichtungen und Ehrenamtler für die täglich geleistete Arbeit.

Bezahlbarer Wohnraum sei ein besonders drängendes Problem. Ein Mittel zur Gewährleistung sei die Gründung einer Kreiswohnungsgesellschaft. Wohnen dürfe kein Luxusgut werden.

Es müsse mehr in das Bildungssystem investiert werden, um eine Chancengleichheit herzustellen.

Der Brand- und Katastrophenschutz sei von großer Bedeutung. Die Planung des Führungs- und Lagezentrums solle vorangetrieben werden.

Er schließt seine Rede mit einem ausdrücklichen Dank an die Verwaltung.

Der Fraktionsvorsitzende **Holstein** (FWG/ BfB) spricht die größer werdenden Herausforderungen an. Dies hänge unter anderem mit dem kleinteiliger werdenden Bürokratismus zusammen.

Aus dem Klimaschutz lassen sich viele Maßnahmen ableiten, die es dann zu gestalten gelte. Hierbei spielen auch die Konsequenzen des Klimawandels eine Rolle, insbesondere im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes.

Die Schaffung von Wohnraum und die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten sei auch für eine Bleibeperspektive für junge Menschen notwendig.

Die FWG/ BfB-Kreistagsfraktion setze sich für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ein. Das Kreiskrankenhaus in Saarburg habe diesbezüglich eine hohe Bedeutung. Auch die Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben. Daran schließe sich die hausärztliche Versorgung an, die ein wichtiger Baustein im Geflecht sei.

Weiterhin sei die Schulentwicklung wichtig. In diesem Bereich gebe es mehrere Sanierungsprojekte, die umgesetzt werden sollen, um Perspektiven zu schaffen. Außerdem müsse die Kinder- und Jugendhilfe kontinuierlich weiterentwickelt werden. Erste Schritte hierzu seien bereits gegangen worden.

Zu einem familienfreundlichen Landkreis gehören ebenso die ÖPNV-Anbindungen und die Kreisstraßen.

Sorge bereite ihm die finanzielle Entwicklung des Landkreises Trier-Saarburg. Es seien in Zukunft einige Investitionen, insbesondere ins Kreiskrankenhaus, im Kita-Bereich und im Bereich des Gebäudemanagements, notwendig.

Die FWG/ BfB-Kreistagsfraktion setze auf eine sachorientierte Kreispolitik. Die Landes- und Bundespolitik könne der Kreistag nicht beeinflussen.

Neben den Pflichtaufgaben des Landkreises gebe es auch die freiwilligen Aufgaben, die die Kreispolitik aktiv mitgestalten könne, beginnt der Fraktionsvorsitzende **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen). Oft hänge der Gestaltungsspielraum jedoch an den finanziellen Mitteln und dem Bürokratismus. Eine

Erhöhung der Kreisumlage sei nicht wünschenswert.

Um dem Prozess entgegenzuwirken und den künftigen Generationen ein lebenswertes Umfeld zu bieten, müssen die erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Eine Studie habe gezeigt, welches Potential im Landkreis Trier-Saarburg liege. Der Kreis brauche ambitioniertere Ziele zur Klimaneutralität. Die Bevölkerung müsse vor den Folgen des Klimawandels geschützt werden. Die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion werde sich für die Umsetzung von Vorsorgekonzepten einsetzen.

Eine wichtige Komponente sei die Gesundheitsversorgung im Landkreis Trier-Saarburg. Eine Lösung des zunehmenden Ärztemangels könnte die Einrichtung von lokalen, kommunalbetriebenen Gesundheitszentren oder mobile Arztpraxen sein. Die Notfallversorgung müsse sichergestellt sein.

Für Frauen, Jugendliche und Kinder, die von Gewalt betroffen seien, müssen Beratungs- und Hilfsangebote geschaffen werden. Diese müssen finanziell auskömmlich, nachhaltig ausgestattet und ausgebaut werden.

Der Fraktionsvorsitzende **Zöpfchen** (Freie Wähler) betont, dass die Freie Wähler-Kreistagsfraktion ideologiefreie und pragmatische Politik machen wollen, die sich an den echten Bedürfnissen der Menschen orientiere.

Der Landkreis stehe in vielerlei Hinsicht vor gewaltigen Aufgaben. Gleichzeitig sehe man die Zuwanderung, die die Infrastruktur vor eine Belastungsprobe stelle. Er fordere klare Regelungen, damit die Kommunen nicht überlastet werden.

Sie setzen sich für eine Stärkung des Ehrenamtes ein, indem die Bürokratie abgebaut werden solle.

Im Bildungsbereich sollen nicht nur Investitionen in Gebäude, sondern auch die Lehrer unterstützt werden, um zurück zu einer leistungsorientierten Bildungspolitik zurückzukehren.

Gleichzeitig müsse der ländliche Raum besser durch den ÖPNV oder den Erhalt des Individualverkehrs angebunden werden.

Ebenfalls ist die Stärkung der regionalen Landwirtschaft ein zentrales Anliegen der Freien-Wähler-Kreistagsfraktion.

Die ärztliche Versorgung auf dem Land müsse weiterhin gewährleistet bleiben. Insgesamt solle sich die Lebensqualität der Menschen spürbar verbessern.

Um eine bessere Vernetzung hinzubekommen, fordere er eine Stärkung der Wirtschaftsförderung, um Unternehmen und Arbeitsplätze in der Region zu sichern.

Zur besseren Vorbereitung im Krisenfall müsse der Brand- und Katastrophenschutz weiter ausgebaut werden.

Der Kreishaushalt solle solide und nachhaltig aufgebaut sein. Weitere Schulden sollen vermieden werden.

Als nächstes stellt der Fraktionsvorsitzende **Philipps** (AfD) den Fokus der AfD-Kreistagsfraktion innerhalb dieser Wahlperiode vor. Im Zentrum stehe dabei eine bürgernahe Politik.

Die gesunde Führung des Kreishaushaltes solle nicht auf Schulden aufgebaut werden. Ferner liege ein Schwerpunkt auf der Kreisentwicklung.

Ein weiterer Fokus liege in der medizinischen Nahversorgung. Hierbei spiele die Attraktivität des ländlichen Raums, insbesondere für Ärztinnen und Ärzte



eine Rolle. Zudem wollen sie sich für die Erhaltung des Kreiskrankenhauses in Saarbürg aus gesundheitlicher und aus arbeitsplatztechnischer Sicht einsetzen.

In den nächsten Jahren werde den Landkreis die Flüchtlingspolitik beschäftigen. In diesem Bereich könne man Vorreiter im Hinblick auf die Einführung der Bezahlkarte sein. Die Integration der Zugewanderten müsse konsequent fortgeführt werden, ebenso die Abschiebungen von nicht bleibeberechtigten Flüchtlingen.

Der ÖPNV und der Brand- und Katastrophenschutz sollen weiter gestärkt werden. Insgesamt müssen die Finanzen im Blick behalten werden.

Für die FDP-Kreistagsfraktion tritt der Fraktionsvorsitzende **Piedmont** (FDP) ans Rednerpult. Er sehe die zunehmende Digitalisierung der Kreisverwaltung positiv. Hierdurch können Verwaltungsverfahren beschleunigt werden.

Bei der Infrastruktur seien besonders die Schulen und das Kreiskrankenhaus zur Daseinsvorsorge zu erwähnen.

Die Aufstellung des Kreishaushaltes hänge mit den wachsenden Aufgaben der Kommunen zusammen. Die Kreisumlage müsse im Auge behalten werden.

Ein parteiübergreifendes Zusammenarbeiten sei in der nächsten Wahlperiode zielführend.

Kreistagsmitglied **Dr. Meß** (Die Linke) kündigt an, dass sie sich mit Anfragen in die politische Arbeit einbringen wolle.

Ihr Schwerpunkt liege auf der Unterstützung des Kreiskrankenhauses in Saarbürg. Als Konsequenz aus dem Wechsel bei der Geschäftsführung befürchte sie, dass der Landkreis die Investitionen tätigen müsse, wohingegen die Gewinne seitens des Geschäftsbesorgers abgezogen werden.

Die Einführung einer Bezahlkarte sehe sie als diskriminierende Maßnahme. Diese löse nicht das Wohnungsproblem. Ebenfalls werde diese Karte niemanden abhalten aus Kriegsgebieten nach Deutschland zu flüchten.

Zum Schluss fasst der **Landrat** zusammen, dass angemessene Finanzausstattung, Einsparungen, Personalreduzierung, Abbau von Bürokratie sehr wünschenswert seien, ihm jedoch der politische Wille für echte Reformen fehle. Der Deutsche Landkreistag habe die Bundesregierung dazu aufgefordert, die Landkreise angemessen an ihnen zustehenden finanziellen Mitteln zu beteiligen. Seitens des Bundes und des Landes werden immer weitere Aufgaben durch Gesetze, Verordnungen etc. an die kommunale Ebene weitergegeben. Aus seiner Sicht kommen die Landkreise an Leistungsgrenzen.

Im Folgenden spricht er die Planungen der Sanierung von Schulen in Wald-rach und Kell am See an. In Saarbürg seien vorbereitende Maßnahmen am Laufen. Hinzu komme die Generalsanierung des Schulzentrums in Konz.

Die Linienbündel des ÖPNV im Landkreis seien gut konzipiert. Das Land habe in diesem Bereich eine große ungedeckte finanzielle Summe vorliegen.

Hinsichtlich der Landwirtschaft werden die meisten Regelungen seitens der Europäischen Union getroffen.

Ob die Kreisumlage dauerhaft auf dem aktuellen Niveau gehalten werden könne, werde sich in Zukunft angesichts der zunehmenden Herausforderungen zeigen. Dazu zählen insbesondere die Kita-Rahmenvereinbarung und die

Ganztagsförderung im Grundschulbereich.

Das Kreiskrankenhaus in Saarburg stehe im Krankenhausbedarfsplan als un-  
abkömmlich. Insofern habe sich der Landkreis Trier-Saarburg finanziell immer  
beteiligt. Die Erhaltung der medizinischen Versorgung und des Personals ha-  
be oberste Priorität. Mit Blick auf die Bundesebene bleibe die Krankenhausre-  
form abzuwarten. Darüber hinaus nehme der Hausärztemangel weiter zu.  
Hier stehe zunächst einmal die kassenärztliche Vereinigung in der Verantwor-  
tung.

Im Bereich Flucht und Asyl schildert er kurz das Verfahren zur Einführung der  
Bezahlkarte. Die Beratungen sollen zunächst im zuständigen Fachausschuss,  
dann dem Kreisausschuss und abschließend im Kreistag geführt werden.

Seit seinem Amtsantritt trete er dafür ein, in einem großen Verbund aus Land-  
kreis, Gewerbe und Kammern zu gründen, um Synergien zu bündeln.

Einen Bürokratieabbau sei wünschenswert. Der Landkreis sei hierbei unter  
anderem auf das Land angewiesen.

Er freue sich auf die Zusammenarbeit mit dem Kreistag in dieser Wahlperio-  
de.

## **5. Kreisstraßenangelegenheiten**

### **5.1. Abstufung der L 135 zwischen der B 419/Nittel und der L 137 bei Manne- bach zu einer Kreisstraße; Vorlage: 0184/2024/5**

#### **Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden  
Beschluss.

#### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt auf Vorschlag des Kreisausschusses die Abstufung  
der Landesstraße L135 zwischen der B419/Nittel und der L137/Mannebach zu  
einer Kreisstraße **zum 01.01.2025**.

Für die Übernahme der Landesstraße als Kreisstraße erhält der Kreis Trier-  
Saarburg für unterlassene Unterhaltung durch das Land Rheinland-Pfalz ei-  
nen Ablösebetrag in Höhe von 1.302.103,- €.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

### **5.2. K 127 - Abstufung einer Kreisstraße zu einer Gemeindestraße Vorlage: 0287/2024/1**

#### **Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt der Abstufung der K 127 innerhalb der Ortslage Kastel-Stadt zu. Mit Übernahme der Kreisstraße durch die Ortsgemeinde Kastel-Stadt wird auch der Parkplatz an die Ortsgemeinde übergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

6. **Jahresabschluss 2018;**

**a) Feststellung des Jahresergebnisses**

**b) Entlastung des Kreisvorstandes; Vorlage: 0271/2024**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses **Franzen** (CDU) trägt im Anschluss einen kurzen Bericht zum Jahresabschluss vor.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

- a) Entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 30.04.2024 **stellt** der Kreistag den vorgelegten Jahresabschluss 2018, mit einer Bilanzsumme von 417.678.417,56 € und einem ausgewiesenen Jahresfehlbetrag (Verlust) von 1.919.002,38 €, gemäß § 57 Landkreisordnung (LKO) in Verbindung mit § 114 Abs. 1, Satz 1 Gemeindeordnung (GemO), **fest** und beschließt, den vorgenannten Jahresfehlbetrag gemäß § 18 Abs. 3 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) auf neue Rechnung vorzutragen.

Weiterhin stimmt der Kreistag den im Zusammenhang mit der Erstellung des Jahresabschlusses 2018:

im Ergebnishaushalt ausgewiesenen über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen, soweit dies nicht bereits durch Einzelgenehmigung erfolgt ist,

im Finanzhaushalt der Übertragung von Haushaltsermächtigungen (Haushaltsausgabereste) in Höhe von 25.115.181,37 € zu.

- b) Der Kreistag erteilt dem Landrat sowie den Kreisbeigeordneten, soweit diese den Landrat vertreten haben, gemäß § 57 LKO i.V.m. § 114 Abs. 1 Satz 2 GemO die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung

## **7. Verschiedene Wahlen**

### **7.1. Wahl der Mitglieder des Seniorenbeirates**

#### **Protokoll:**

Landrat **Metzdorf** verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag zur Benennung der Mitglieder für den Seniorenbeirat des Landkreises Trier-Saarburg.

Auf seine Rückfrage werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der Kreistag stimmt der offenen Abstimmung einstimmig zu.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird mehrheitlich bei 37 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme angenommen. Demnach sind gewählt:

#### *CDU-Fraktion:*

Karl-Otto Becker

Heinfried Carduck

Hans-Albert Goergen

Rosi Hutmacher

Alfred Karges

#### *SPD-Fraktion:*

Andreas Stüttgen

Giselind Roßmann

Volker König

#### *Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion:*

Ursula Straß

Elke Winnikes

#### *FWG-BfB-Fraktion:*

Matthias Daleiden

Reinhard Boesten

#### *Freie Wähler-Fraktion:*

Dr. Detlef Müller-Greis

#### *AfD-Fraktion:*

Gerhard Meyer

#### *FDP-Fraktion:*

Hermann Hurth

Die **Anwesenden** nehmen ihre Wahl an.

7.2. Wahl der/des ehrenamtlichen Patientenfürsprecherin/Patientenfürsprechers des Kreiskrankenhauses St. Franziskus Saarburg GmbH; Vorlage: 0292/2024

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistags** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreistag wählt auf Empfehlung der Gesellschafterversammlung der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH vom 04.09.2024 Frau Theresia Vadrot aus Saarburg als Patientenfürsprecherin des Kreiskrankenhauses St. Franziskus in Saarburg für die Dauer der XII. Wahlperiode des Kreistages Trier-Saarburg bis einschließlich 30.07.2029.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

8. Abschluss einer Zweckvereinbarung zur erstmaligen Errichtung und Inbetriebsetzung des Neubaus der Integrierten Leitstelle Trier  
Vorlage: 0265/2024/1

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Der Fraktionsvorsitzende **Zöpfchen** (Freie Wähler) weist auf einen eingereichten Änderungsantrag hin, in dem einige Punkte der Zweckvereinbarung abgeändert werden sollen.

Die Verwaltung sei der Auffassung, dass hinreichende Kontrollmöglichkeiten in der Zweckvereinbarung vorhanden seien, so Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel**. Ferner gebe es im Rettungsdienstgesetz hierzu Regelungen. Die Kreisverwaltung Trier-Saarburg habe als zuständige Rettungsdienstbehörde bestimmte Aufgaben mit der Zustimmung der Partner wahrzunehmen. Das Grundstück stelle die Stadt Trier kostenfrei zur Verfügung. Das Gebäude sei ein Spezialbau mit hohen Anforderungen daran. Aus seiner Sicht gebe es keine Notwendigkeit den Beschlussvorschlag zu ändern.

Der Fraktionsvorsitzende **Zöpfchen** (Freie Wähler) hält am Änderungsantrag fest.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine weiteren Meldungen. Sodann fasst er folgende Beschlüsse.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses die Zustimmung des Landkreises Trier-Saarburg zur Zweckvereinbarung zur Erstmaligen Inbetriebsetzung des Neubaus der integrierten Leitstelle unter Berücksichtigung des Änderungsantrags der Freien Wähler-Kreistagsfraktion zur Stärkung der Transparenz und Kontrolle sowie Klarstellung zur Rückerstattung.

Zusätzlich wird die Verwaltung beauftragt, die Zweckvereinbarung unter Berücksichtigung der beiden Änderungsanträge rechtskonform zu überarbeiten und erneut zur Unterzeichnung auszufertigen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich abgelehnt bei 7 Ja-Stimmen und 32 Gegenstimmen

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses die Zustimmung des Landkreises Trier-Saarburg zur Zweckvereinbarung zur Erstmaligen Inbetriebsetzung des Neubaus der integrierten Leitstelle.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen bei 32 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen

9. **Annahme einer ähnlichen Zuwendung gem. § 58 Abs. 3 LKO**  
**Vorlage: 0270/2024**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistags** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt der Annahme der angebotenen unentgeltlichen Zuwendung nach § 58 Abs. 3 der Landkreisordnung (LKO) zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

10. **Informationen**

10.1. **Information über Eilentscheidungen - SAZ Schweich; Vorlage: 0294/2024**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Der **Kreistag** nimmt die Informationen ohne Fragen zur Kenntnis.

**10.2. Information über eine Eilentscheidung - Schulzentrum Konz**  
**Vorlage: 0297/2024**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Der **Kreistag** nimmt die Informationen ohne Fragen zur Kenntnis.

**10.3. Weitere Informationen**

**Protokoll:**

Auf Rückfrage von Kreistagsmitglied **Rieger** (CDU) versichert der **Landrat**, dass die eingereichten baurechtlichen Anfragen zeitnah beantwortet werden und die Niederschriften der letzten Sitzungen ebenfalls zeitnah veröffentlicht werden.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) teilt mit, dass der Ortsbürgermeister von Schillingen einen Antrag bei der Kreisverwaltung hinsichtlich des Projektes zur Pflanzung von 150.000 Bäumen gestellt habe. Als Antwort habe er mitgeteilt bekommen, dass die erste Bewerbungsfrist bereits abgelaufen sei.

Daraufhin gibt Landrat **Metzdorf** an, dass diese Angelegenheit in den dafür zuständigen Gremien, dem Umweltausschuss und dem Kreisausschuss, beraten werden könne.

Der **Kreistag** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

(Stefan Metzdorf)

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)